

Wie funktioniert eine Markt- wirtschaft?

Michael Ströhlein



Was ist eine „Marktwirtschaft“?

Eine Marktwirtschaft ist eine arbeitsteilige organisierte Wirtschaftsordnung, in der die Koordination von Produktion und Konsumtion über das Zusammentreffen von **Angebot und Nachfrage auf Märkten** erfolgt.

Im Gegensatz zur Zentralverwaltungswirtschaft plant in der Marktwirtschaft jedes Wirtschaftssubjekt prinzipiell für sich selbst.



1



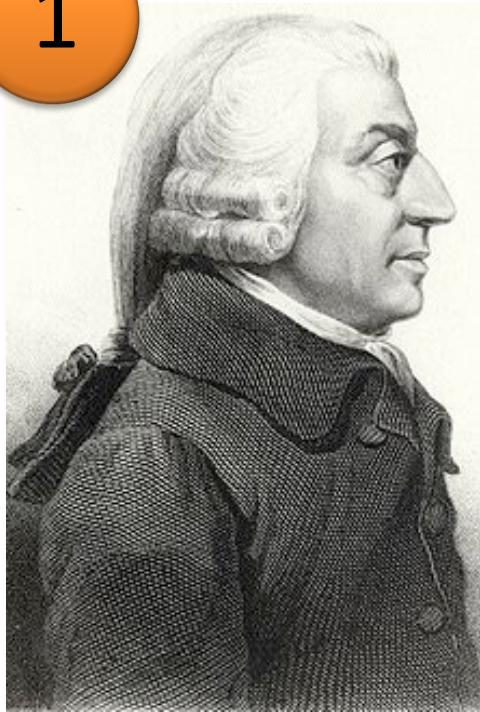
2



3



1



2



3

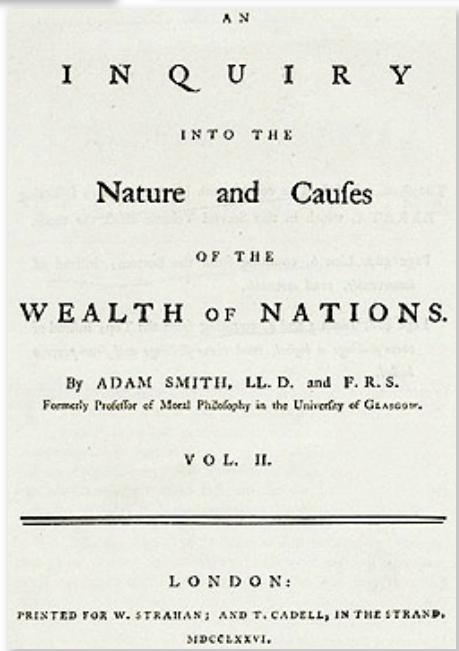


Freie
Marktwirtschaft

Soziale
Marktwirtschaft

Zum Vergleich:
Planwirtschaft
der DDR

1



Die freie Marktwirtschaft

Adam Smith 1776 „Wohlstand der Nationen“

- Produktionssteigerung durch Arbeitsteilung
- Abschaffung Zölle
- Staatliche Bevormundung abschaffen
- Dem Spiel „Angebot und Nachfrage“ vertrauen
- Globalisierung als Möglichkeit für mehr Wohlstand für alle Arbeiter

= Grundlage der freien Marktwirtschaft

1

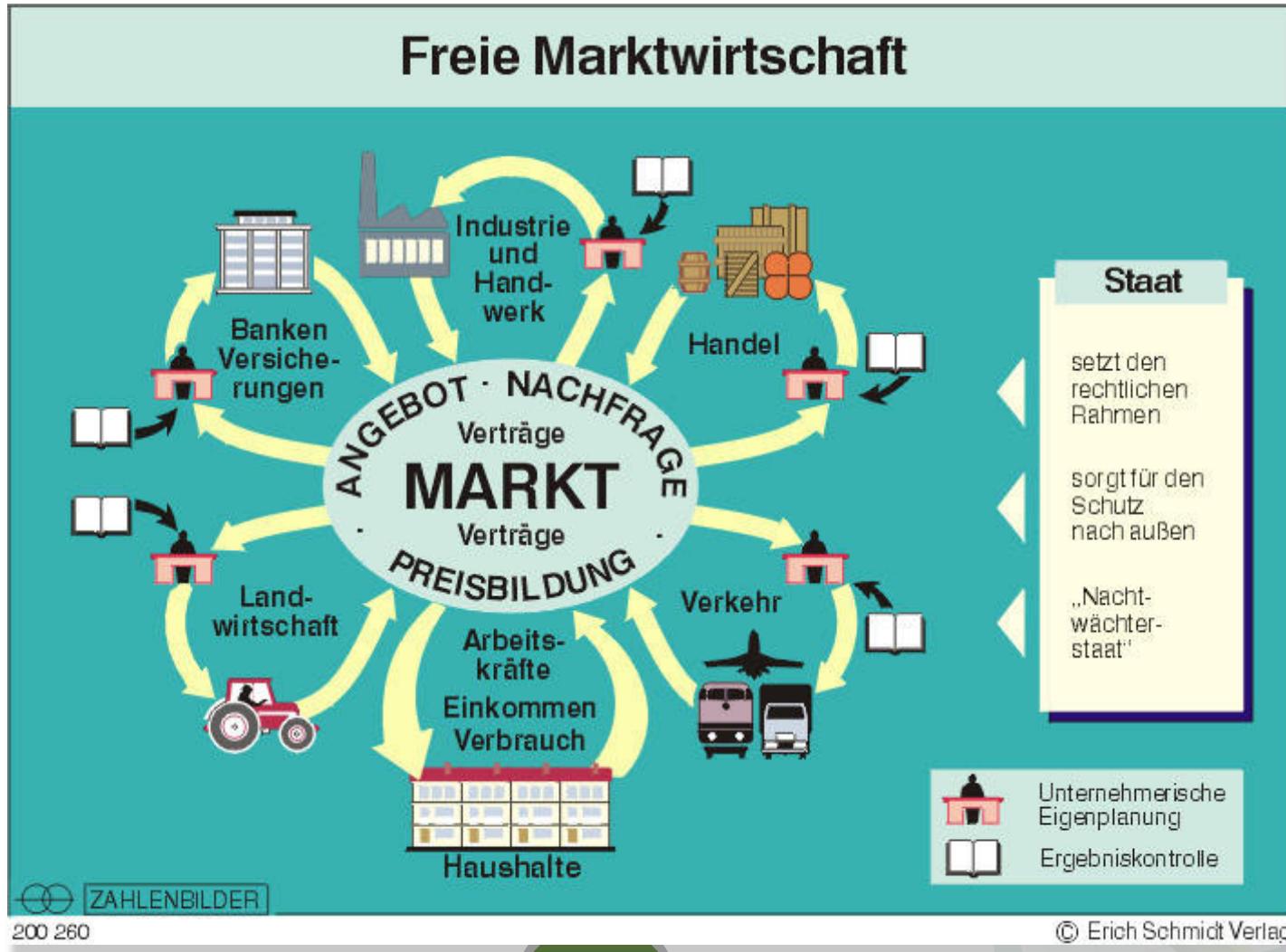
Die freie Marktwirtschaft



- offene Märkte => freie Marktzugang für jeden Marktteilnehmer
- freien Wettbewerb; Angebot und Nachfrage bestimmen Preis => Marktmechanismus
- individuelles Risiko und Individualplanung (z.B. Rente)
- Gewerbefreiheit
- Vertragsfreiheit
- Konsumfreiheit
- Streben nach maximalem Gewinn, das sogenannte erwerbswirtschaftliche Prinzip
- Investitionsfreiheit
- freie Berufswahl und die freie Wahl des Arbeitsplatzes
- Privateigentum

1

Die freie Marktwirtschaft



1

Die freie Marktwirtschaft

Vorteile	Nachteile
Freie Entfaltung und unbegrenzte Freiheiten des Einzelnen (z.B. Vertragsfreiheit, Freiheit der Berufswahl, Gewerbe-, Niederlassungs-, und Vereinigungsfreiheit)	Ungleiche Startbedingungen, ungerechte Wettbewerbsvorteile
Wirtschaftliche Betätigungsfreiheit (Als Antriebskräfte wirken hierbei der "Motor des Gewinnstrebens", die Bezahlung nach Leistung und der Existenzkampf im Leistungswettbewerb.)	Große Unterschiede beim Einkommen, große Kluft zwischen "arm" und "reich".
Die Unternehmer versuchen, die Produktionskosten so niedrig wie möglich zu halten, um die Waren möglichst billig anbieten zu können. Gewinnstreben und Leistungsdruck durch Wettbewerb führen somit zu höchstmöglicher Wirtschaftlichkeit bei der Güterproduktion und zu technischem Fortschritt.	Löhne und Gehälter werden durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Es gibt keine staatlich oder tariflich garantierten Mindestlöhne. Es gibt keine Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen.
"Der Kunde ist König" - Er bestimmt die Produktion durch seine Nachfrage.	Aufgrund ungleicher Startbedingungen haben einzelne Firmen Vormachtstellungen. Sie schalten ihre Mitbewerber aus und beschränken die Konkurrenz. Es kommt zu Kartellen und Unternehmenskonzentrationen.
Optimale Bedarfsdeckung - Um im Wettbewerb bestehen zu können, muss sich jeder Produzent um die Senkung der Kosten, die Verbesserung seiner Produkte und um die Schaffung neuer Produkte bemühen.	Gewinnstreben und Konkurrenzdenken führen zu einem egoistischen Verhalten der Gesellschaft
Hebung des allgemeinen Wohlstands und volkswirtschaftliche Vermögensbildung - durch die Entfaltung wirtschaftlicher Initiative und Leistungskraft, verbunden mit dem wirtschaftlichen Einsatz der Produktionsfaktoren	Konjunkturschwankungen - die freie Marktwirtschaft ist wesensgemäß instabil

2



Die soziale Marktwirtschaft

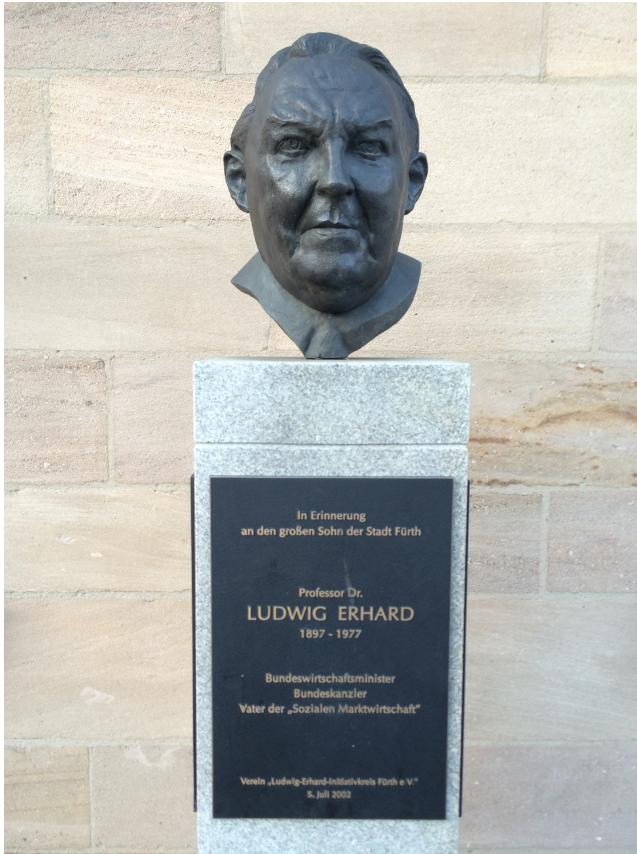
Die wirtschaftliche Lage nach Kriegsende 1945:

- 10 Mio. Flüchtlinge strömen nach Westdeutschland
- Fast die gesamte Industrie zerstört
- Viel Wohnraum zerstört
- Geld fast wertlos (Hyperinflation)
- Versorgung der Bevölkerung nur noch über Lebensmittelkarten möglich



2

Die soziale Marktwirtschaft



2

Die soziale Marktwirtschaft



- Währungsreform 20. Juni 1948, Abschaffung Reichsmark => Deutsche Mark
- Einzahlung Reichsmark, Umtausch 10:1
- Bargeld-Ausgabe mit 40 DM, später plus 20 DM
- Abschaffung Lebensmittelkarten
- Abschaffung Preisvorschriften



2

Die soziale Marktwirtschaft



Erfolge:

- Arbeitslosigkeit sind von 1,3 Mio (1949) auf 0,1 Mio (1960)
- Erwerbstätige 20 Mio (1950), 25 Mio (1960)
- Jahreseinkommen 3.726 DM (1950), 8.513 DM (1960)
- Ab 1950 Urlaub in Österreich, später Italien



2

Die soziale Marktwirt- schaft

Die „Erfinder“



Prof. Dr. Müller-Armack schuf die Grundlagen und den Begriff. Ludwig Erhard machte den Wirtschaftsprofessor 1952 zu seinem Staatssekretär.

**Der Verdienst von Prof. Dr. Ludwig Erhard liegt in der politischen Durchsetzung.
Er war Wirtschaftsminister unter Adenauer von 1949-1963,
danach Bundeskanzler von 1963-1966.**



2

Die soziale Marktwirtschaft



Das **Grundgesetz** lässt eine soziale Marktwirtschaft zu und ermöglicht Veränderungen, zum Beispiel die Verbesserung im sozialen Bereich.

GG Art. 20. Abs. 1: Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat, **er verbietet ein liberalistisches Wirtschaftssystem mit ungehemmtem Gewinnstreben und ohne soziale Beschränkungen.**

GG Art. 14 Abs. 2: Sozialbindung des Eigentums, zum Wohle der Allgemeinheit ist eine Enteignung möglich, wie zum Beispiel die Vergesellschaftung - von Grund und Boden,
- Naturschätzen und
- Produktionsmitteln
unter angemessener Entschädigung.

2

Die soziale Marktwirtschaft Merkmale



- Privateigentum an Produktionsmitteln wird im Grundgesetz garantiert.
- Einschränkungen von Vertragsfreiheit und Gewerbefreiheit bei wenigen Verträgen sind gesetzl. vorgeschriebene Formvorschriften einzuhalten (Schriftform - Bürgschaft, Grundstück - Notar)
- Grundsatz der Gewerbefreiheit in GewO § 1, genehmigungspflichtige Gewerbe z. B. Makler GewO § § 30 ff oder nach der Handwerksordnung der Meisterbrief
- Marktpreisbildung bis auf wenige Erzeugnisse, z. B. Druckerzeugnisse,
- Tarifautonomie der Sozialpartner Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände handeln Löhne und Arbeitsbedingungen aus,
- Leistungswettbewerb, viele bis wenige Anbieter und Nachfrager.
Dadurch muss sich jeder um hohe Leistung bemühen bzw. die Nachfrager können auf andere Produkte ausweichen.
- Unternehmer entscheidet jeweils in eigener Verantwortung aufgrund der Absatzerwartung.

2

Die soziale Marktwirtschaft



	Viele Nachfrager	Wenige Nachfrager	Ein Nachfrager
Viele Anbieter	Vollständige Konkurrenz Polypol -> sämtliche Waren im Einzelhandel	Nachfrageoligopol -> Kartoffeln, Milch	Nachfragemonopol -> Zucker
Wenige Anbieter	Angebotsoligopol -> Tankstellen, Telekommunikation	beiderseitiges Oligopol -> Passagierflugzeuge	beschränktes Nachfragemonopol -> Bundesdruckerei
Ein Anbieter	Angebotsmonopol -> Wasserwerke	Beschränktes Angebotsmonopol -> Rüstungsindustrie	beiderseitiges Monopol -> Mautsystem

2

Die soziale Marktwirtschaft Eingriffe des Staates



Der Staat greift ein:

- wenn, die freiheitliche Wirtschaftsordnung gefährdet wird,
- wenn, zum Schutz des einzelnen und des Gesamtwohls Maßnahmen notwendig werden,

Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung

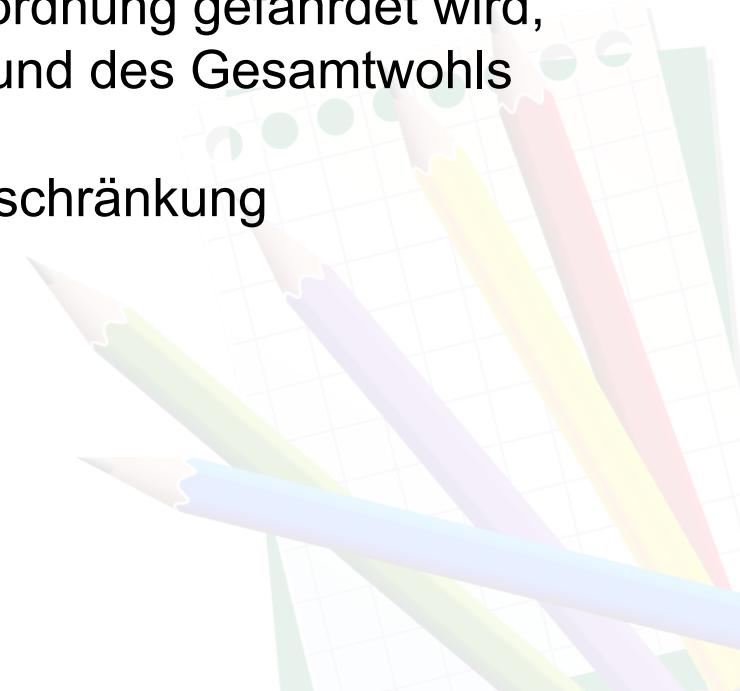
Kartellgesetz

unlauteren Wettbewerb

Patentgesetz

Gebrauchsmustergesetz

Urheberrechtsgesetz



2

Die soziale Marktwirtschaft

Bundeskartellamt



2

Die soziale Marktwirtschaft Bundeskartellamt



Folgende Aufgaben gehören zu den Hauptaufgaben des Bundeskartellamts:

- Missbrauchsaufsicht
- Kartellaufsicht
- Fusionskontrolle / Zusammenschlusskontrolle

Die soziale Marktwirtschaft

Bundeskartellamt



Missbrauchsaufsicht:

Mit der Missbrauchsaufsicht soll bezweckt werden, dass Unternehmen die eine marktbeherrschende Stellung besitzen, diesen nicht ausnutzen (z.B. viel zu teure Preise).

Zu beachten ist dabei, dass das Kartellamt erst eingreift, wenn das Unternehmen aktiv seine marktbeherrschende Stellung missbraucht.

Der Weg zur marktbeherrschenden Stellung des Unternehmens, wird abgesehen bei einer Fusion, nicht von dem Kartellamt verboten.

Die soziale Marktwirtschaft

Bundeskartellamt



Kartellaufsicht

Preiskartell, Rabattkartell oder Gebietskartell gehören zu den verbotenen Kartellen.

Damit diese verbotenen Kartelle nicht entstehen, gibt es die Kartellaufsicht als eine weitere Aufgabe des Kartellamtes.

2

Die soziale Marktwirtschaft Bundeskartellamt



Fusionskontrolle:

Die Fusionskontrolle wird auch oft Zusammenschlusskontrolle genannt. Auch sie dient wie die anderen Aufgaben des Bundeskartellamts zur Sicherstellung des funktionierenden Wettbewerbs.

Führt nämlich eine Fusion bzw. ein Zusammenschluss zu einer Marktbeherrschung des Unternehmens schaltet dies den Wettbewerb aus und kann daher vom Bundeskartellamt untersagt werden.

Die soziale Marktwirtschaft

Bundeskartellamt



**Untersagung der Online-Video-Plattform von RTL und ProSiebenSat.1
rechtmäßig**

Plattform würde marktbeherrschende Stellung auf dem Fernsehwerbemarkt
zusätzlich verstärken

Die Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens durch RTL und
ProSiebenSat.1 für den Aufbau und den Betrieb einer Online-Video-Plattform
wurde untersagt. Dies hat das Oberlandesgericht Düsseldorf entschieden und
damit die Entscheidung des **Bundeskartellamtes** bestätigt.

Im vorliegenden Verfahren hatte das Bundeskartellamt das Vorhaben von RTL
und ProSiebenSat.1 untersagt, weil die Gründung der gemeinsamen Plattform in
der konkret geplanten Form das **marktherrschende Duopol der beiden
Sendergruppen auf dem Markt für Fernsehwerbung** weiter verstärkt hätte.

2

Die soziale Marktwirtschaft Bundeskartellamt



Das Bundeskartellamt hat Microsoft Deutschland zu einer Kartellstrafe in Höhe von 9 Millionen Euro verurteilt.

Der Grund dafür liegt in der gemeinsamen Vermarktung des Softwarepaketes "Office Home & Student 2007" mit einem bundesweit agierenden Einzelhändler.

Hierbei sei es - so das Bundeskartellamt - zu **Absprachen über den Wiederverkaufspreis** gekommen, worin die Behörde eine Überschreitung der zulässigen Grenze sieht.

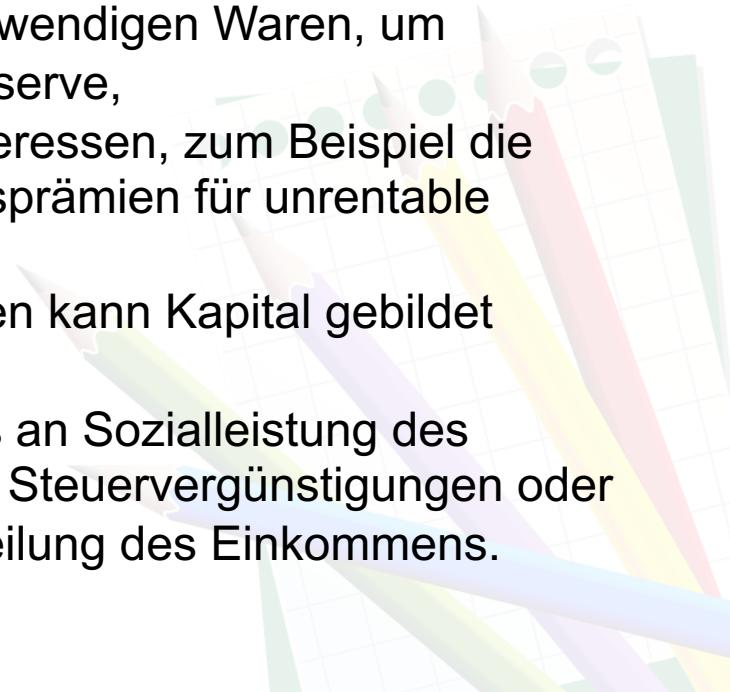
2

Die soziale Marktwirtschaft Eingriffe des Staates



Der Staat greift auch in den Marktablauf ein, um wirtschaftliche Schwierigkeiten auszuräumen. Dies erfolgt durch:

- Steuerung Angebot und Nachfrage durch Einführen oder Exportverbot, Lagerung von lebensnotwendigen Waren, um Überangebote abzufangen und als Reserve,
- Förderung gesamtwirtschaftlicher Interessen, zum Beispiel die Entwicklung von EDV oder Stilllegungsprämien für unrentable Produkte und Subventionen,
- durch steuerliche Vorteile und Prämien kann Kapital gebildet werden,
- der Einzelne ist durch ein hohes Maß an Sozialleistung des Staates abgesichert, Sozialleistungen, Steuervergünstigungen oder Steuerprogression dienen zur Umverteilung des Einkommens.



2

Die soziale Marktwirtschaft Sozialversicherungen



Sozialversicherungen

1883 Krankenversicherung

1884 Unfallversicherung

1887 Rentenversicherung

1927 Arbeitslosigkeit

1995 Pflegeversicherung

Beiträge zur Sozialversicherung

	Beitragssatz des Bruttoarbeitsentgelts	davon: zahlt der Arbeitnehmer (in % des Bruttogehaltes)
Krankenversicherung	15,5	8,2
Unfallversicherung	unterschiedlich, je nach Branche	kostenlos
Rentenversicherung	18,9	9,45
Pflegeversicherung	1,95 - 2,2	1 - 1,2
Arbeitslosenversicherung	3	1,5

Quelle: Spitzenverbände der Deutschen Sozialversicherung, Stand: Januar 2013

© 2013 Make-it-in-Germany.com

2

Die soziale Marktwirtschaft Krankenversicherung 1883



Wegen des wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie sah sich **Kaiser Wilhelm I.** auf Anraten des Reichskanzlers **Otto von Bismarck** veranlasst, seine Auffassung vorzutragen, der Reichstag solle Gesetze zur finanziellen Absicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter beschließen.

Für die Versicherten wurden folgende Leistungen eingeführt:

- Krankengeld ab dem 3. Tag, 50 Prozent bis zu 13 Wochen
- ärztliche Behandlung, Arznei und Hilfsmittel
- Krankenhausbehandlung
- Sterbegeld
- Wöchnerinnenunterstützung (Mutterschaftshilfe)

Die Beiträge trugen der Arbeitgeber zu 1/3 und Arbeitnehmer zu 2/3.



2

Die soziale Marktwirtschaft Unfallversicherung 1884



Für die Versicherten wurden bei Betriebsunfällen folgende Leistungen eingeführt:

- Unfallrenten ab der 14. Woche
- medizinische Heilbehandlung
- Unfallverhütung: Beweispflicht des Verunglückten entfiel

Der Arbeitgeber zahlte zu 100 Prozent die Beiträge.



2

Die soziale Marktwirtschaft Rentenversicherung 1887



Folgende Leistungen wurden festgelegt:

- Übergangsgeld während medizinischer Heilbehandlung
- Altersrenten ab dem **70. Lebensjahr**
- Invaliditätsrenten.

Die Beiträge kamen zu gleichen Teilen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer.
Zusätzlich gab es einen Reichszuschuss



2

Rentenversicherung 1887

Lebenserwartung bei Geburt nach Geschlecht in Deutschland*, 1871-2050**

Altersjahre

90

männlich
weiblich

80

70

60

50

40

30

20

10

0

1871/1881

1932/1934

1986/1988

2008/2010

2050

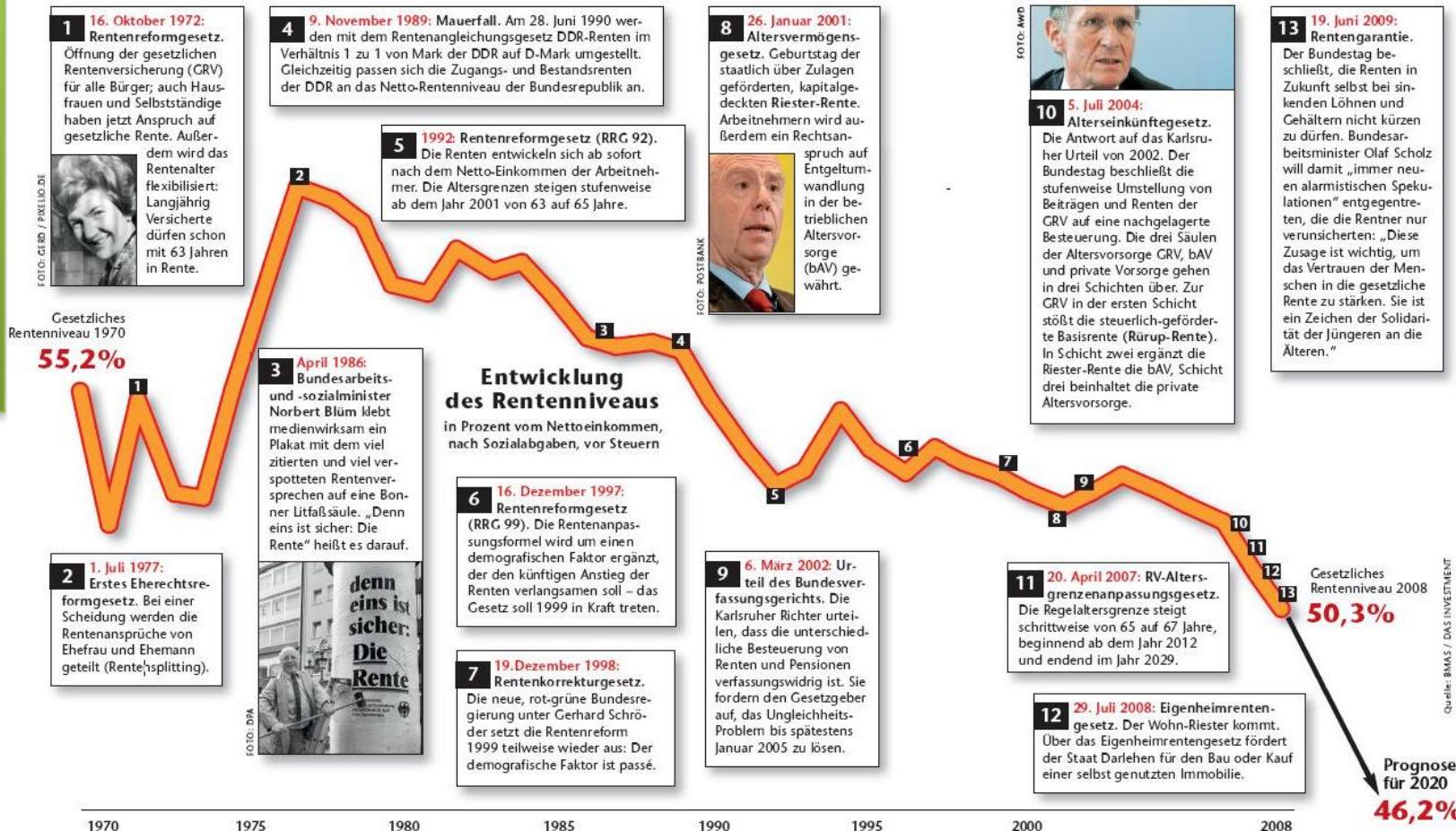
* Gebietsstand der Sterbetafeln bis 1934: Deutsches Reich, ab 1986: Bundesrepublik Deutschland

** 2050: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Variante 1-W2

Datenquelle: Statistisches Bundesamt

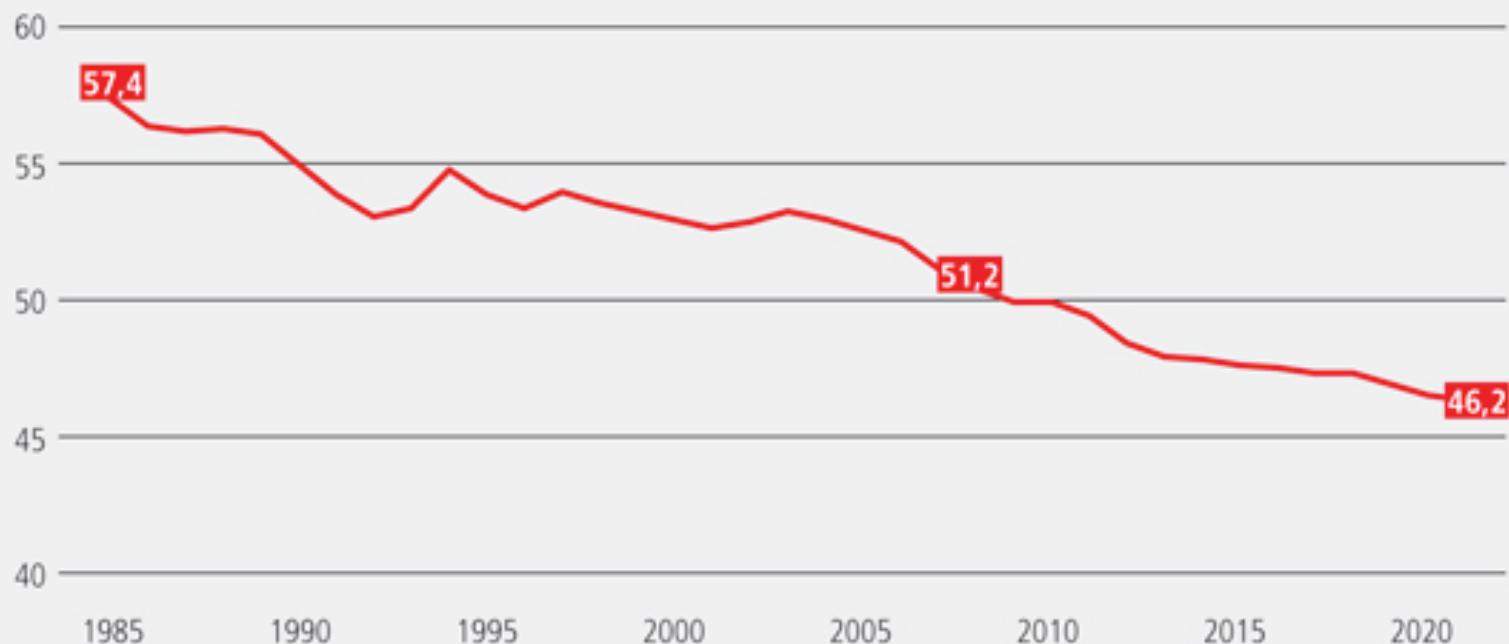
© BiB 2012

2



2

Rentenentwicklung



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund 2008, S. 212.

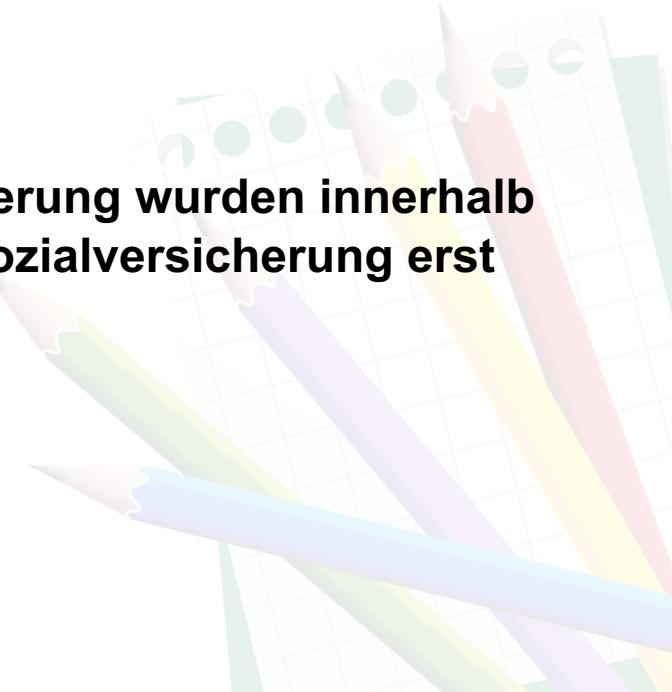
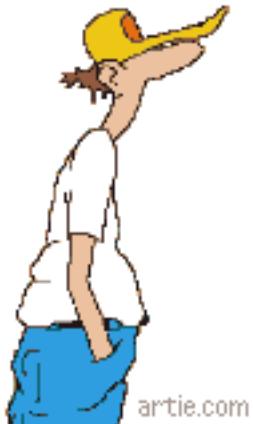
2

Die soziale Marktwirtschaft Arbeitslosenversicherung 1927



Das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) vom 16. Juli 1927 wurde am 7. Juli 1927 vom Deutschen Reichstag (Weimarer Republik) verabschiedet.

Kranken-, Unfall- und Rentenversicherung wurden innerhalb von 4 Jahren gegründet, die vierte Sozialversicherung erst 40 Jahre später?!



2

Die soziale Marktwirtschaft

Arbeitslosenversicherung 1927

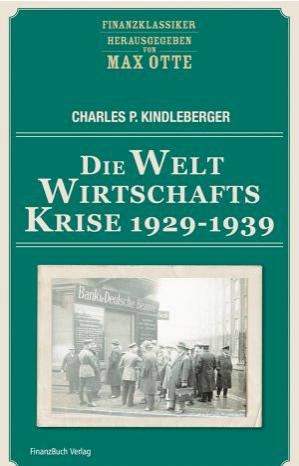
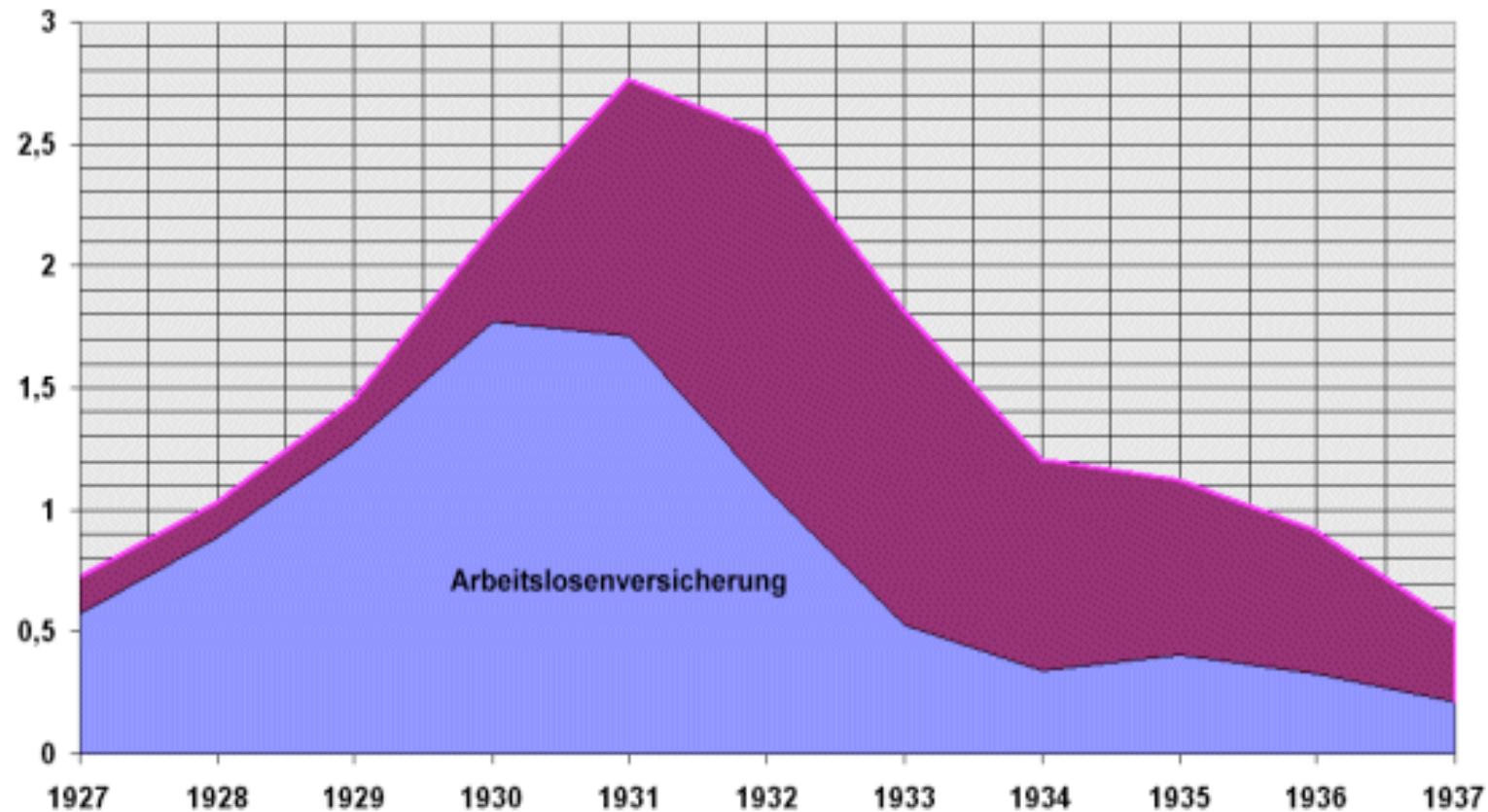


Arbeitslosen-
schlange beim
Stempeln im
Arbeitsamt
Hannover

Photographie
um 1930

2

Die soziale Marktwirtschaft Arbeitslosenversicherung 1927



2

Die soziale Marktwirtschaft Arbeitslosenversicherung 1927

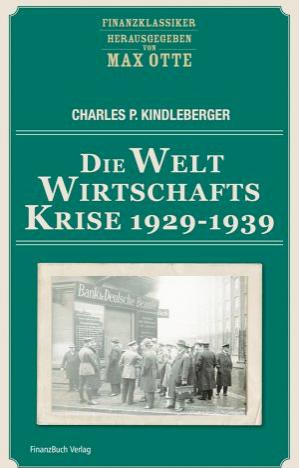


Im Winter 1929/30 geriet Deutschland in den Strudel der sich aus dem Zusammenbruch der New Yorker Börse im Oktober 1929 entwickelnden **Weltwirtschaftskrise**.

Der **Kapitalstrom** nach Deutschland versiegte, als die für die deutsche Wirtschaft so dringend benötigten ausländischen Kredite abgezogen wurden.

In den USA und in Europa setzte sich zunehmend nationaler **Protektionismus** durch, das Welthandelsvolumen fiel von 1929 bis zum Tiefpunkt der Rezession 1932 um 25 Prozent.

Der deutsche **Warenexport** sank in demselben Zeitraum von 13,5 auf 5,7 Milliarden Reichsmark, da der Außenhandel ebenso rapide zurück ging wie die **Industrieproduktion** des Deutschen Reichs, die um ca. 40 Prozent fiel.



2

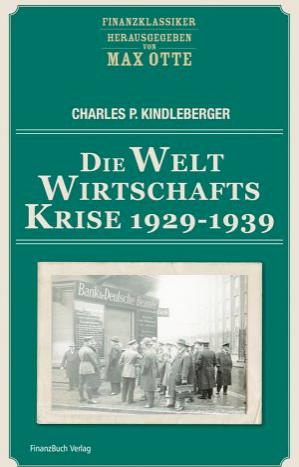
Die soziale Marktwirtschaft Arbeitslosenversicherung 1927



Firmenzusammenbrüche, Bankenschließungen und **Massenarbeitslosigkeit** waren die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise.

Zwischen September 1929 und Anfang 1933 stieg die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland von 1,3 auf fast 6 Millionen.

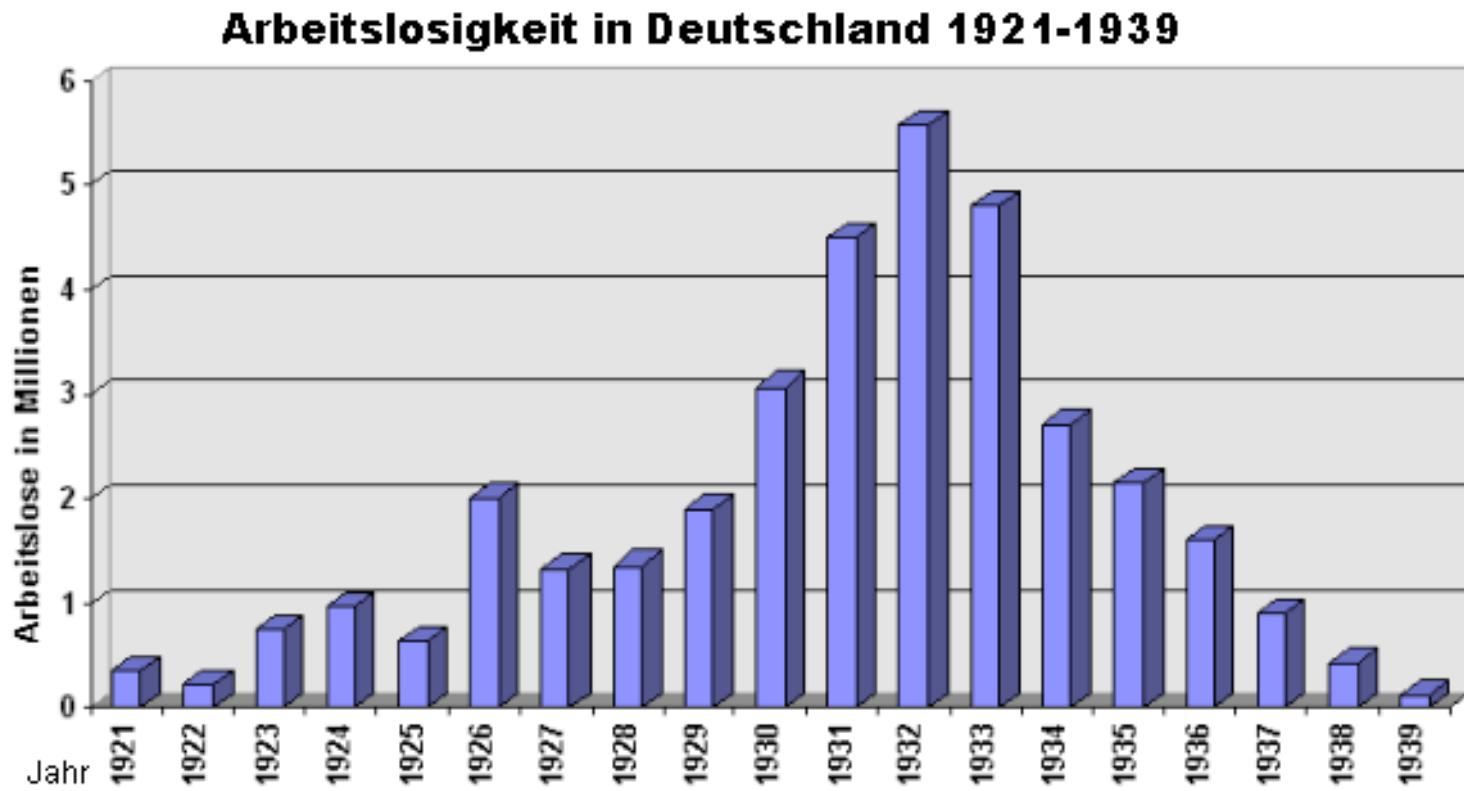
Das Realeinkommen sank um ein Drittel, Armut und Kriminalität nahmen sprunghaft zu. Massenverelendung kennzeichnete in der Wirtschaftskrise das Alltagsleben breiter Bevölkerungsschichten.



2

Die soziale Marktwirtschaft

Arbeitslosenversicherung 1927



2

Die soziale Marktwirtschaft Pflegeversicherung 1995



Zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit hat die Soziale Pflegeversicherung die Aufgabe, Hilfen für Pflegebedürftige zu leisten, die aufgrund ihrer Pflegebedürftigkeit auf solidarische und praktische Unterstützung angewiesen sind.



Die/der Versicherte kann grundsätzlich zwischen der Sachleistung und der Geldleistung wählen. Als Sachleistungen kommen in Betracht:

- häusliche Pflegeleistungen eines Pflegedienstes oder einer Sozialstation,
- häusliche Betreuungsleistungen eines Pflegedienstes oder einer Sozialstation
- Tages- und Nachtpflege in einer teilstationären Einrichtung,
- Kurzzeitpflege und vollstationäre Dauerpflege in einem Pflegeheim.

2

Die soziale Marktwirtschaft



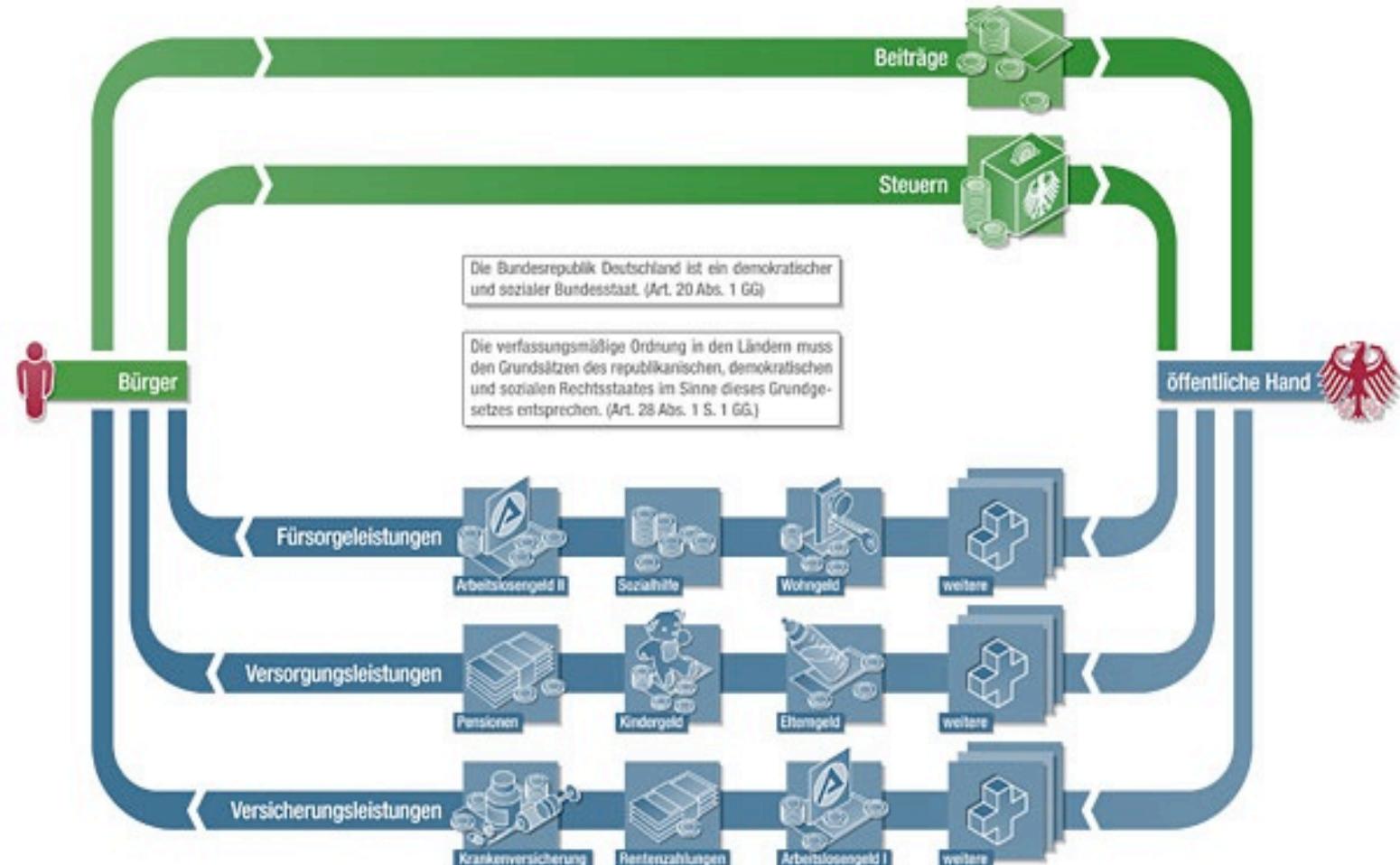
Krankenversicherung	Pflegeversicherung	Rentenversicherung	Arbeitslosenversicherung	Unfallversicherung
Gesundheitsfonds AOK;IKK;Ersatzkassen;BKK	Pflegekassen	Deutsche Renten- versicherung Bund	Bundesagentur für Arbeit Nürnberg	Berufsgenossen- schaften
15,5 % evtl. Zusatzbeitrag AN	1,95 % (+ 0,25 % für kinderlose AN)	19,9 %	3,0 %	nach Jahreslohnsumme und Gefahrenklasse
AN = 8,2% AG = 7,3% +evtl. Zusatzbeitrag AN	AN kinderlos = 1,225% AN mit Kindern = 0,975% AG = 0,975%	½ AN ½ AG	½ AN ½ AG	AG allein
Beitragsbemessungsgrenze 44.550 € / 3.712,50€ (West/Ost)	Beitragsbemessungsgrenze 44.550 €/3.712,50€ (West/Ost)	Beitragsbemessungsgrenze 66.000 € / 5.500 € (West) 57.600 € / 4.800 € (Ost)	Beitragsbemessungsgrenze 66.000 € / 5.500 € (West) 57.600 € / 4.800 € (Ost)	0,00 €
<ul style="list-style-type: none"> ▪Krankenhilfe ▪Krankengeld ▪Vorsorgeuntersuchungen ▪Mutterschaftshilfe ▪Familienhilfe 	<ul style="list-style-type: none"> ▪Pflegegeld ▪Häusliche Pflege ▪Stationäre Pflege 	<ul style="list-style-type: none"> ▪Altersruhegeld ▪Berufsunfähigkeitsrente ▪Erwerbsunfähigkeitsrente ▪Hinterbliebenenrente 	<ul style="list-style-type: none"> ▪Arbeitslosengeld/ ALG 2 ▪Kurzarbeitergeld ▪Arbeitsvermittlung ▪Berufsberatung 	<ul style="list-style-type: none"> ▪Heilbehandlungen ▪Übergangsgeld ▪Verletztengeld
<p>Geringverdienergrenze (AG zahlt Beiträge allein) monatlich: Entgeltgrenze für geringfügig Beschäftigte (versicherungsfrei): 325 € KV/ PV – Versicherungspflichtgrenze (ab 2011): 400 € 4.125 € / 49.500 € (West/Ost)</p>				

Stand 12/2010

2

Der deutsche Sozialstaat

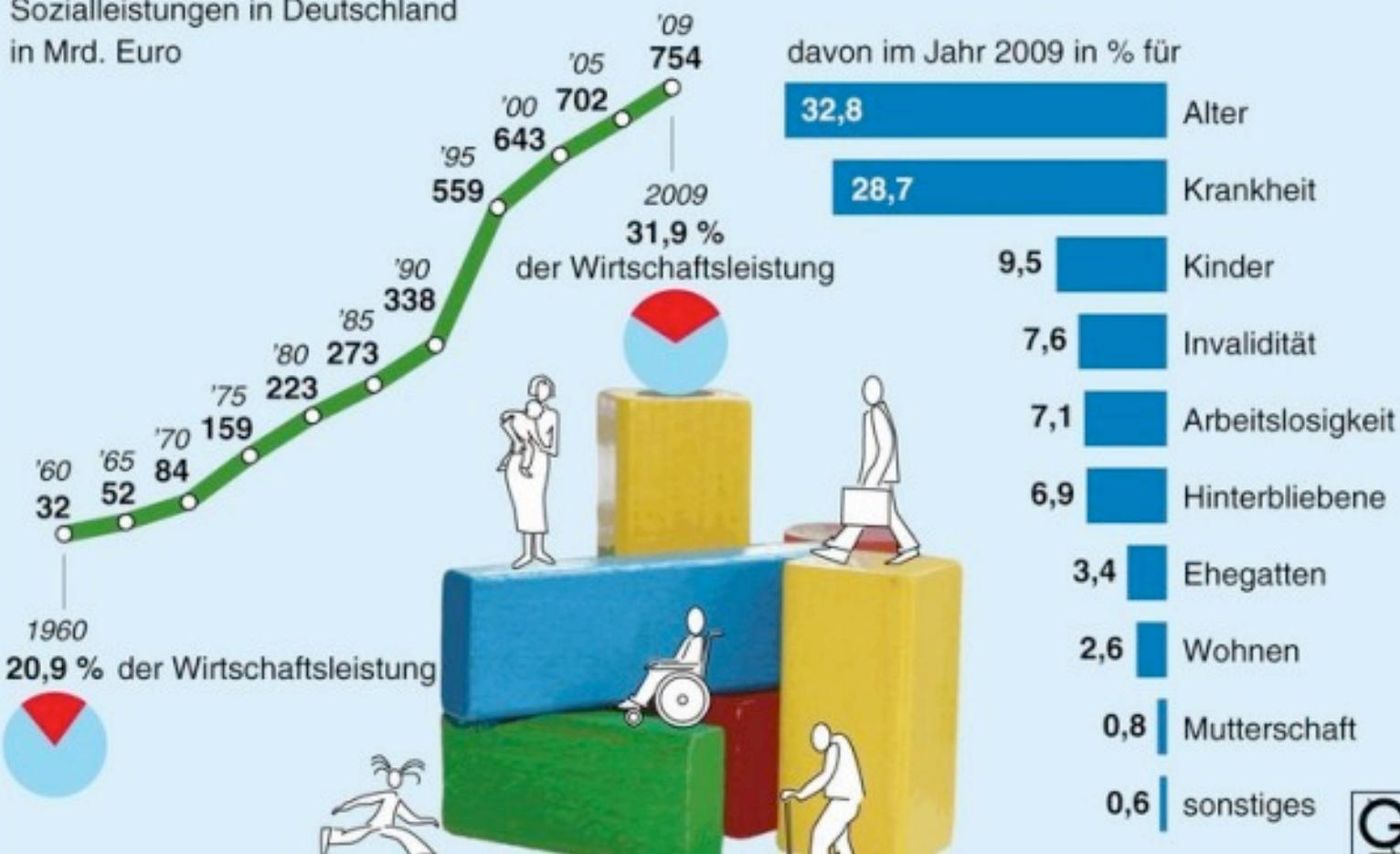
Beispiele des Leistungsspektrums



2

Der Ausbau des Sozialstaats

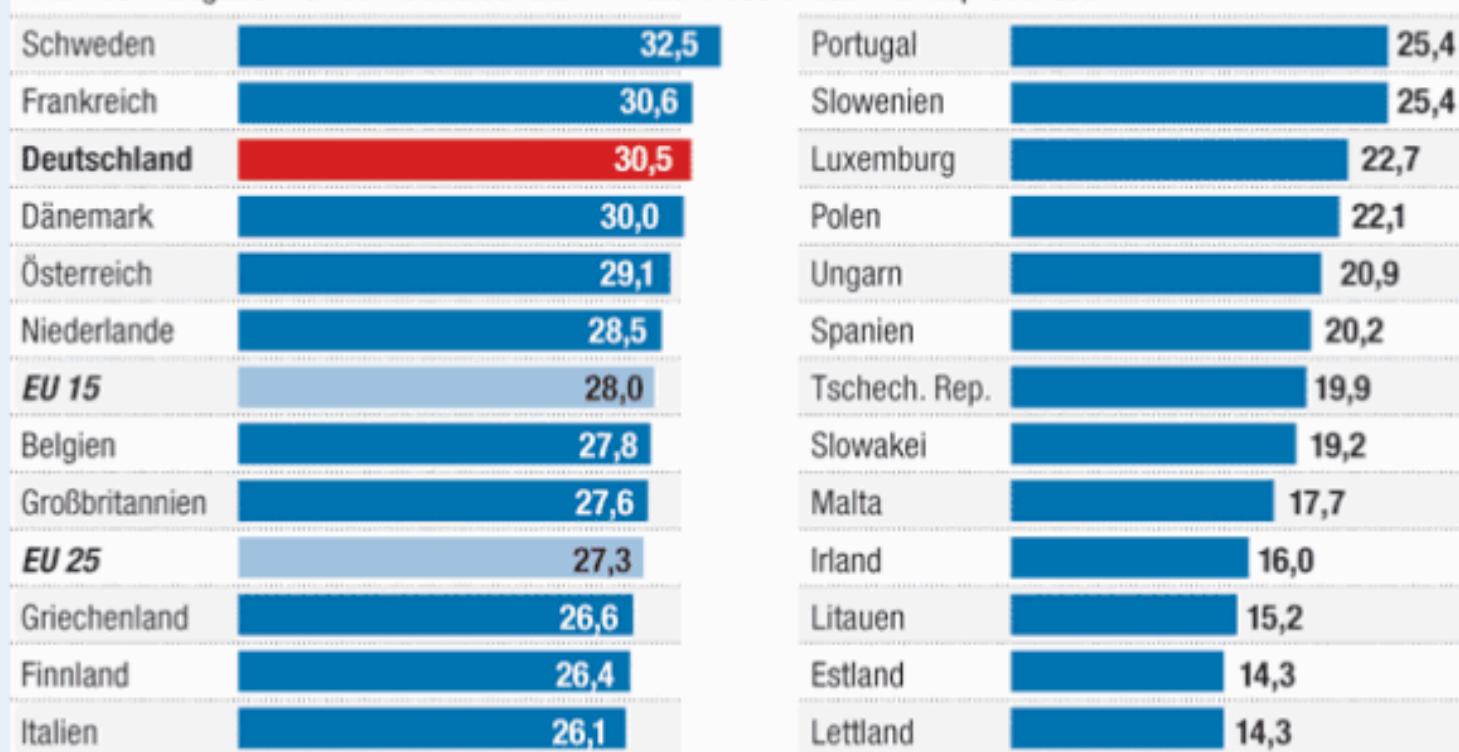
Sozialleistungen in Deutschland
in Mrd. Euro



2

Sozialausgaben in der EU

Anteil der Ausgaben für den Sozialschutz in Prozent des Bruttoinlandsproduktes¹⁾

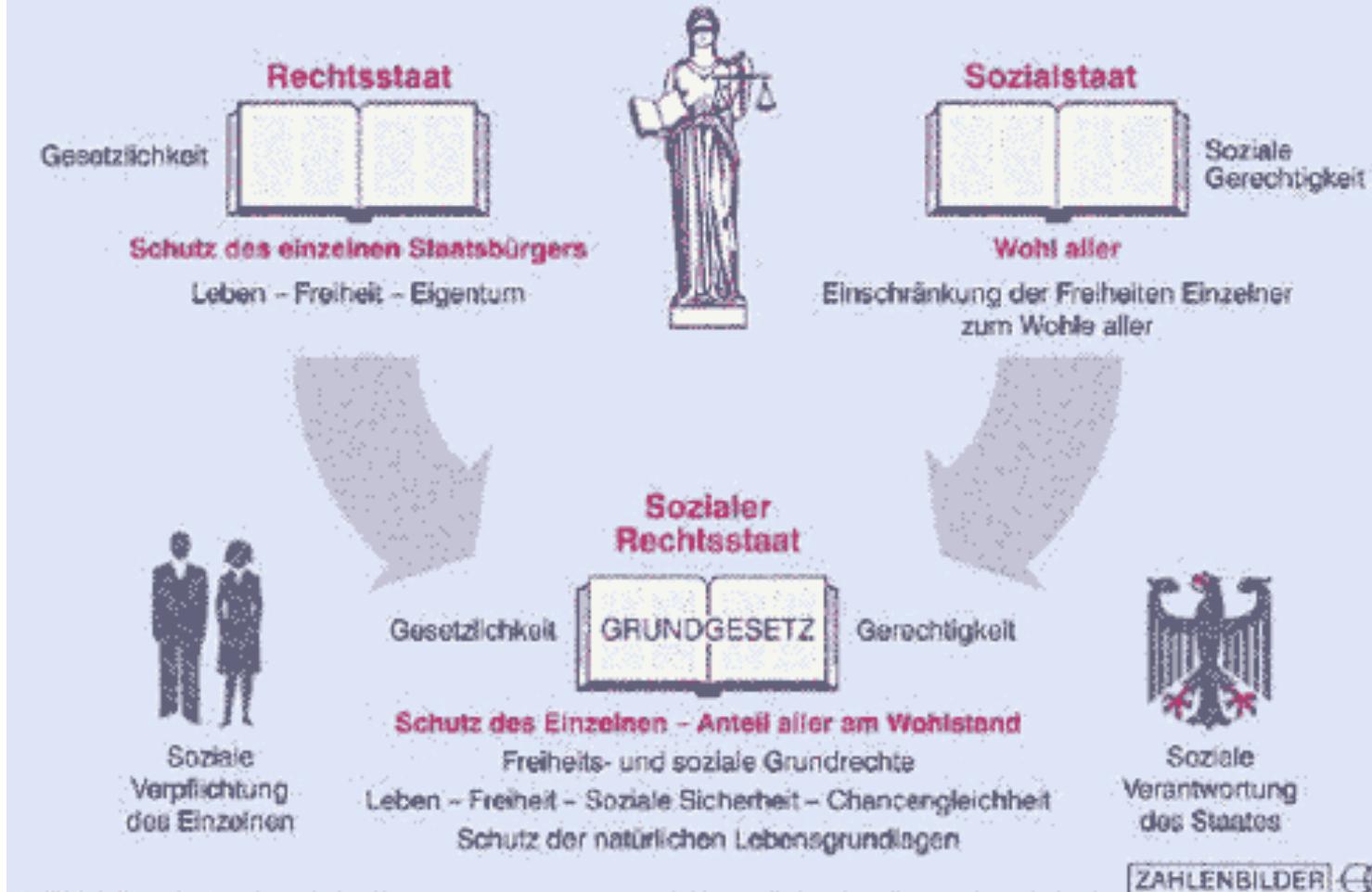


1) Sozialschutz: durch den Staat direkt oder indirekt veranlaßte Ausgaben für Altersvorsorge, Gesundheitsschutz, Pflege und Fürsorge (Sozialhilfe, Wohngeld), sowie Leistungen für Familien und Kinder. Angaben für 2002; Polen, Litauen, Lettland und Estland 2001.

Quelle: IW; Eurostat/F.A.Z.-Grafik Niebel

2

Rechtsstaat und Sozialstaat



2

Die soziale Marktwirtschaft Vorteile



Vorteile der sozialen Marktwirtschaft:

- soziale Sicherheit
- politische Stabilität
- hohe Ausbildungsqualität
- hohe Kaufkraft
- hoher Lebensstandard
- motivierte Mitarbeiter
- hohe Produktivität
- gute Infrastruktur
- Rechtsstaatlichkeit
- Absatz- und Investitionsmöglichkeit



2

Die soziale Marktwirtschaft Nachteile



Nachteile der sozialen Marktwirtschaft:

- hohe Personalkosten
- hohe Lohnsätze
- kurze Arbeitszeiten
- hohe Abgabenlast
- hohe Subventionen



2

Die soziale Marktwirtschaft



3

Die Planwirtschaft (DDR)



BERLIN-HAUPTSTADT DER DDR



3

Die Planwirtschaft (DDR)

Planwirtschaft

Gegenteil:
Marktwirtschaft

Durch die
Politik
„verordnet“

Innovationen
verzögern sich,
weil keine
Konkurrenz

Das Gesetz von
„Angebot und
Nachfrage“ gilt
nicht

Unternehmen
werden mehr
oder weniger
vom Staat gelenkt

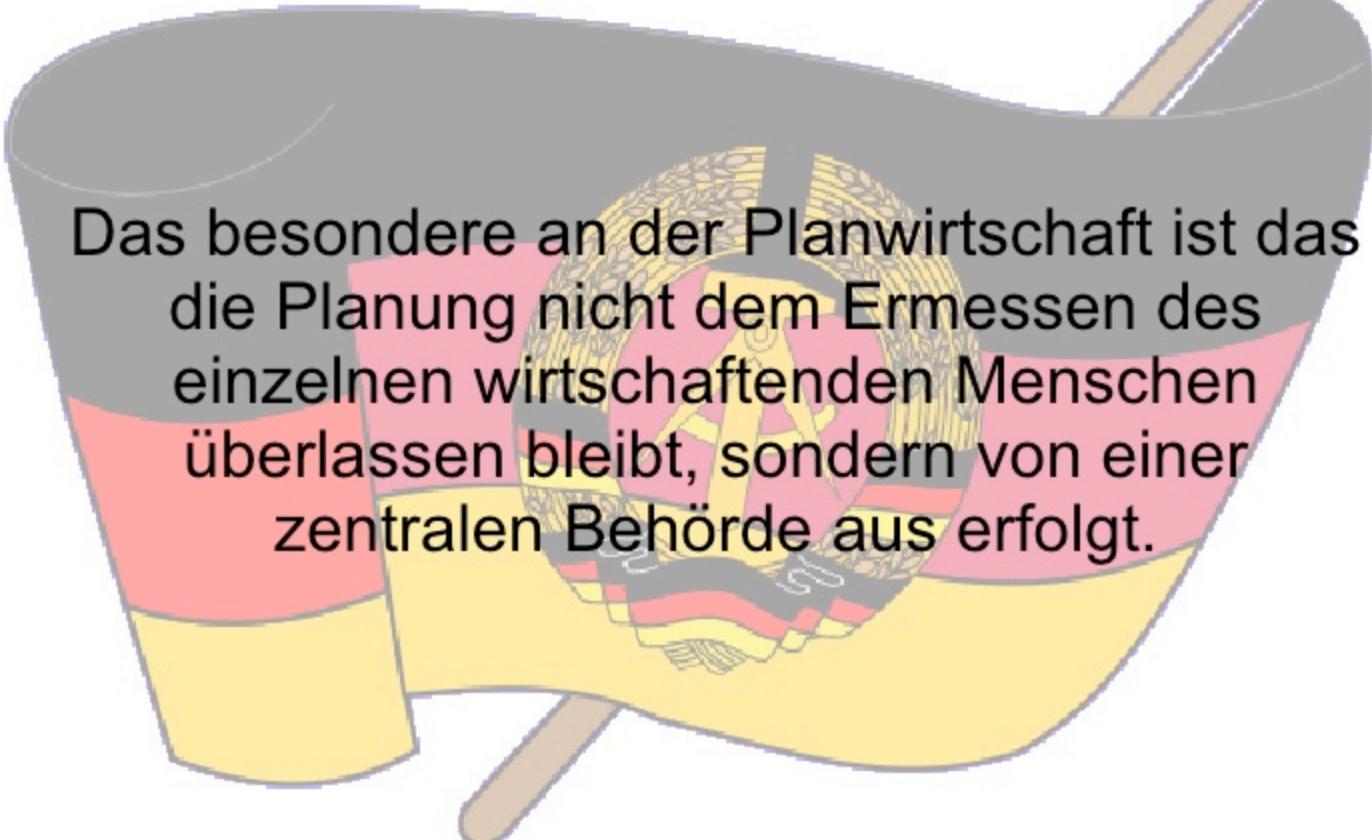
Unternehmen
werden mehr
oder weniger
vom Staat
gelenkt

Im Idealfall:
Gerechte
Ressourcen-
verteilung

Konsumenten wird
keine/wenig
Produktvielfalt
angeboten

3

Was ist Planwirtschaft ?



Das besondere an der Planwirtschaft ist das die Planung nicht dem Ermessen des einzelnen wirtschaftenden Menschen überlassen bleibt, sondern von einer zentralen Behörde aus erfolgt.

3

Die Eigentums Formen

Im Sozialismus gibt es die folgenden Eigentumsformen:

A. Sozialistisches Eigentum

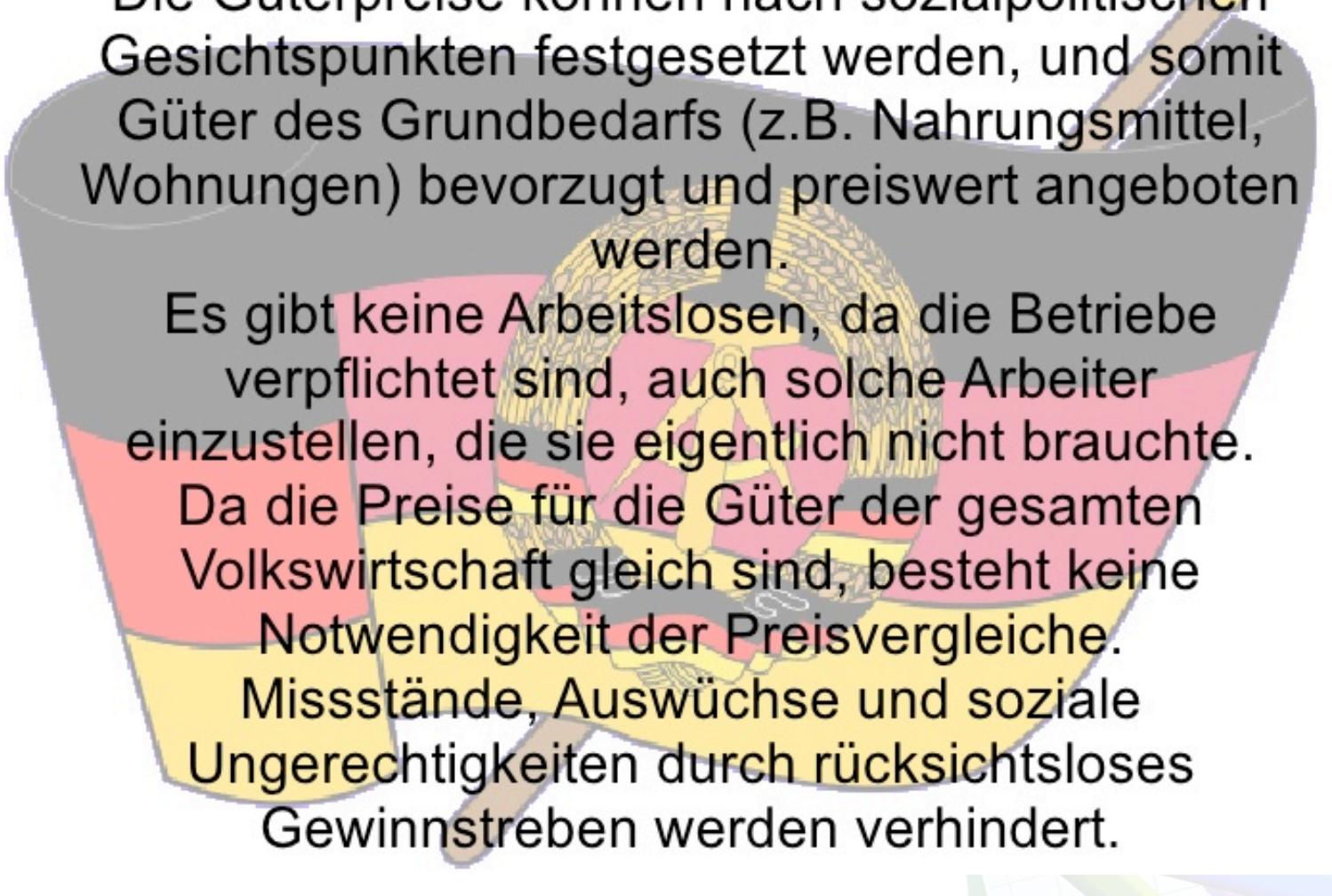
1. Staatseigentum („gesellschaftliches Eigentum“)
2. Genossenschaftliches Eigentum
3. Eigentum gesellschaftlicher Organisationen

B. Privates Eigentum

1. Handwerk
2. Landwirtschaft
3. Dienstleistungssektor

3

Vorteile der Planwirtschaft



Die Güterpreise können nach sozialpolitischen Gesichtspunkten festgesetzt werden, und somit Güter des Grundbedarfs (z.B. Nahrungsmittel, Wohnungen) bevorzugt und preiswert angeboten werden.

Es gibt keine Arbeitslosen, da die Betriebe verpflichtet sind, auch solche Arbeiter einzustellen, die sie eigentlich nicht brauchte.

Da die Preise für die Güter der gesamten Volkswirtschaft gleich sind, besteht keine Notwendigkeit der Preisvergleiche.

Missstände, Auswüchse und soziale Ungerechtigkeiten durch rücksichtsloses Gewinnstreben werden verhindert.

3

Nachteile der Planwirtschaft

Es fehlen Antriebskräfte für einen wirtschaftlichen Fortschritt, wie Privatinitiative, Gewinnstreben und Wettbewerb, da Betriebe und Arbeitnehmer ihre Leistung nur nach dem Plansoll ausrichten.

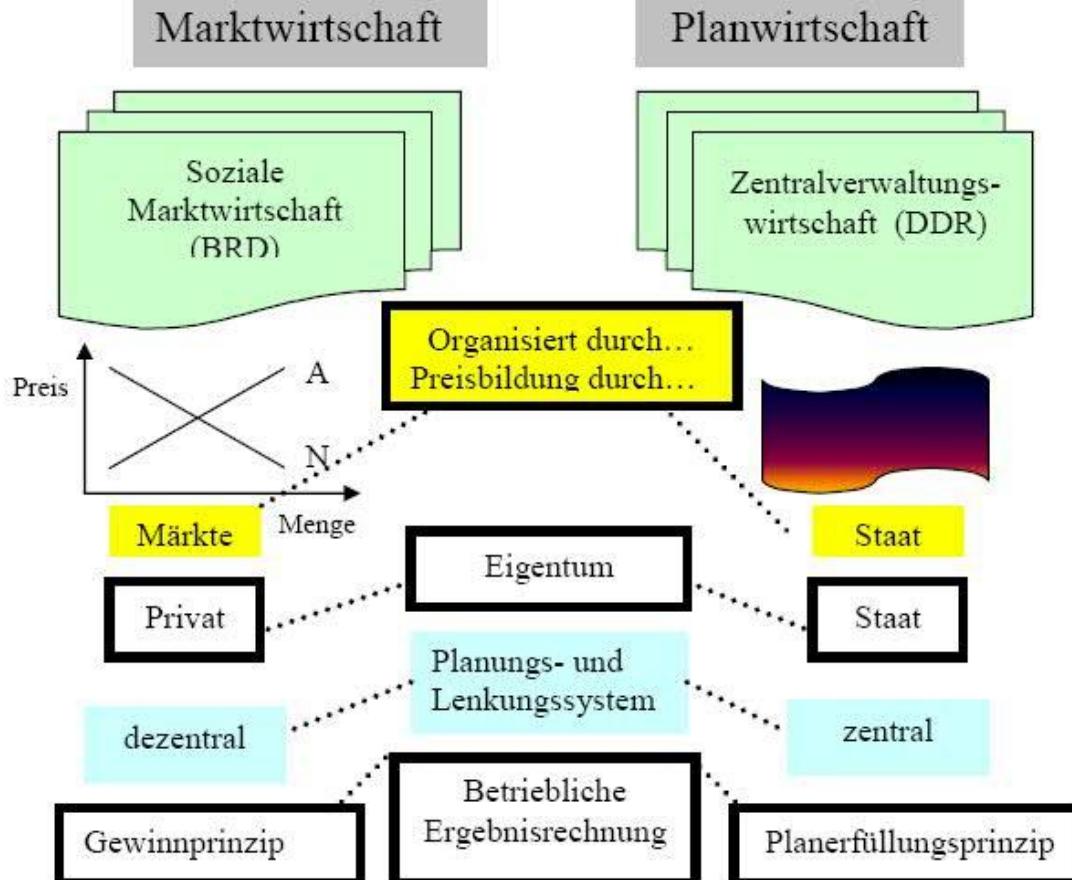
Der Verbraucher kann nicht kaufen, was er möchte; er muss kaufen, was vom zuständigen Ministerium als notwendiger Bedarf anerkannt, und von den Betrieben produziert wird. Es kommt oft zu Fehlplanungen und zu Engpässen in der Versorgung der Bevölkerung, da die zentrale Planung schwerfällig und oft nicht in der Lage ist, sich rasch veränderten Bedingungen anzupassen.

Die Arbeitsproduktivität ist geringer als in der sozialen Marktwirtschaft. Eine Mitschuld trägt daran die staatliche Anordnung an die Betriebe, auch unqualifizierte Arbeiter einzustellen.



3

Wirtschaftsordnungen



THANK YOU!

